

## LEITARTIKEL

## Es knirscht noch

Ein gemütlicher Abend zu zweit bei einem guten Glas Wein hat schon mancher Beziehung geholfen. Auch Angela Merkel und Wladimir Putin ist der Schoppen in der „Adlerwirtschaft“ des Winzerdorfs Hattenheim offenbar gut bekommen. Jedenfalls bemühten sich beide gestern zum Abschluss ihrer Gespräche um einen freund-

wicht auszahlen: Putin will in Deutschland weit offene Türen für die Wirtschaft und politisch eine strategische Partnerschaft, mit der amerikanische Pläne durchkreuzt werden sollen. Es ist klar, dass Deutschland eine solche Sonderbeziehung schon mit Blick auf seine EU-Partner nicht aufbauen kann, auch wenn Putin-Freund Schröder es versprach.

Und es bleibt in Berlin vor allem die Sorge wegen der Rückschläge für die Demokratie in Russland, die mit Putins Manövern zum Machterhalt nicht geringer geworden ist. Merkel handelt freilich richtig, wenn sie Fragen von Demokratie und Menschenrechten zwar weiter anspricht, aber nicht ins Zentrum der Beziehung rückt.

Christian Kerl über das Treffen von Merkel und Putin



lichen Umgang miteinander. Gemessen an früheren Treffen, bei denen sich Putin und Merkel einen scharfen Schlagabtausch lieferten, herrschte diesmal fast deutsch-russische Harmonie.

Aber man täusche sich nicht. Es knirscht durchaus noch im Beziehungsgebälk, nur ziehen es beide Seiten jetzt vor, die Dinge unter vier Augen zu bereden. Gewiss, der Handel brummt, doch die russische Seite registriert enttäuscht einen Stillstand im Annäherungsprozess. Moskau drängt, die sprudelnden Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft sollen sich in stärkerem internationalen Ge-

Dazu steht anderswo zu viel auf dem Spiel: Es gibt kaum einen internationalen Konflikt, bei dem Russland nicht zur Lösung benötigt würde. Vom Kosovo über den Iran-Atomstreit bis zur Raketenabwehr: In einem Klima der Konfrontation mit Russland wird sich nichts bewegen.

Vordringliches Ziel Deutschlands und seiner Verbündeten muss daher sein, Verantwortungsbewusstsein und Kooperationsbereitschaft Russlands zu stärken – auch wenn das Geduld erfordert und daheim weniger Beifall bringt als lautstarke Putin-Schelte.

## KOMMENTAR

## Schnüffler unerwünscht

Ursula von der Leyen will etwas bewegen – zum Besseren. Das ist ihr auch beim Jugendschutz zuzuzuhalten, aber der Zweck heiligt nicht die Mittel. Deshalb ist sie zu Recht von der Kanzlerin zu einer „Atempause“ verdonnert worden.

solchen Schnüfflern betrieben werden. Jugendliche sind keine verdeckten Ermittler, die Alkohol, Zigaretten oder Gewaltvideos kaufen, um rücksichtslose Geschäftemacher zu überführen.

Die Familienministerin gibt sich bescheiden. Sie will ihren Plan nicht „durchpeitschen“.

Mit Verlaub: Durchpeitschen ist in einer freien und offenen Gesellschaft nicht gewollt.

Eine Demokratie lebt vom Engagement ihrer Bürger. Spitzeltätigkeiten gehören nicht dazu. Der Staat muss sich andere Vorkehrungen für den Jugendschutz einfallen lassen. Misstrauen und Konspiration gehören nicht dazu.

Mit jugendlichen Spitzeln ist kein Staat zu machen. Das wird auch durch das Alibi einer begleitenden Amtsperson und der Einwilligung der Eltern nicht besser. Von der Leyen hat sich geirrt; das ist keine Niederlage.

Reinhard Brennecke zu jugendlichen Testkäufern



Jugendliche Testkäufer, die Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz aufdecken sollen, sind eine Horror-Vorstellung.

Unabhängig davon, ob sich überhaupt junge Menschen vor diesen Karren spannen ließen, sollte der Jugendschutz nicht von

Ihre Reaktion bitte an die E-Mail-Adresse: [meinung@bzv.de](mailto:meinung@bzv.de)

## ZITAT DES TAGES



„Die Agenda 2010 sind nicht die zehn Gebote und niemand, der daran mitgearbeitet hat, sollte sich als Moses begreifen“

Ex-Kanzler Gerhard Schröder gestern Abend zum Streit in der SPD um die Arbeitsmarktgesetze

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

SALZGITTER ZEITUNG

WOLFSBURGER NACHRICHTEN

Geschäftsführung: Rainer Hlubek, Peter Imberg, Dr. Martin Jaschke

Chefredakteur: Paul-Josef Raue

Stellvertretender Chefredakteur: Stefan Hans Kläsener

Chef vom Dienst: Heinz-Peter Lohse

Verantwortliche Redakteure:

Politik/Niedersachsen und die Region: Hans-Dieter Schlawis

Wirtschaft: Markus Schlesag Kultur: Martin Jasper

Lokales Braunschweig: Ralph-Herbert Meyer Sport: Paul-Josef Raue

Wochenend: Klaus Herrmann Büro Berlin: Christian Kerl Büro Hannover: Dr. Michael Ahlers

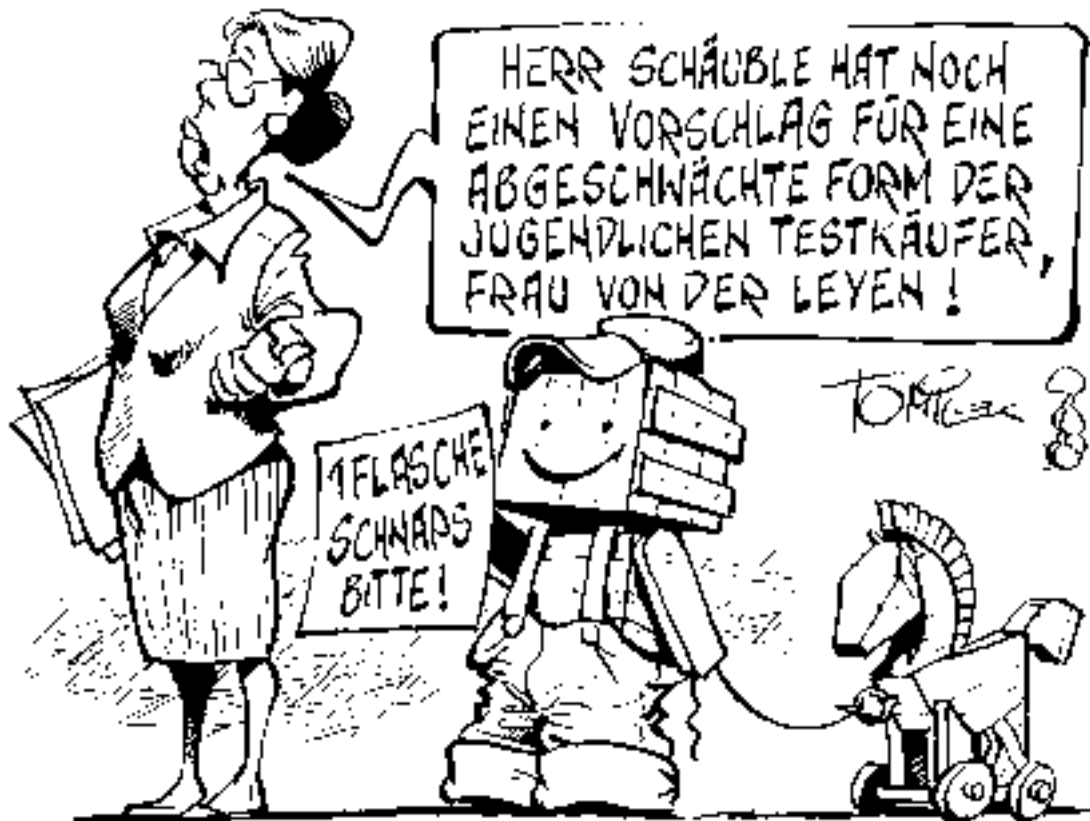
Anzeigenleitung: Andreas Günther, Vertriebsleitung: Jürgen Nitsche

Verlag und Druck: Braunschweiger Zeitungsverlag – Druckhaus Albert Limbach GmbH & Co. KG

38130 Braunschweig, Postfach 80 52, Telefon: (05 31) 3900-0

Amtliches Organ der Niedersächsischen Börse zu Hannover.

Braunschweiger Zeitung, Salzgitter-Zeitung und Wolfsburger Nachrichten online: <http://www.newsclick.de>



Trojanische Testkäufer

Karikatur: Tomicek

## PRO &amp; CONTRA

## Bringen höhere Strafen für Raser mehr Sicherheit auf unseren Straßen?

## Pro

„Ein Bußgeld muss weh tun, sonst verliert es seine Wirkung“



Gerd Will, Verkehrspolitischer Sprecher der SPD in Niedersachsen.

Wer durch Raserei Menschenleben gefährdet oder alkoholisiert Auto fährt, verdient ein saftiges Bußgeld. Diese Verwarnungsgelder von Zeit zu Zeit zu erhöhen, ist notwendig. Ein Bußgeld muss weh tun, ansonsten verliert es seine Wirkung.

Abzockerei bei der Bußgelderhebung lehnen wir ab, ein Bußgeld soll den Autofahrer zu einer Verhaltensänderung anhalten, nicht die leeren Kassen des Staates füllen. Das nun vorgesehene differenzierte Vorgehen unterstützen wir.

Schon geringe Überschreitungen der Promillegrenze führen zu einer massiven Gefährdung der Sicherheit von anderen Verkehrsteilnehmern. Hier sind drakonische Strafen zur Abschreckung notwendig. Die geplante Verdoppelung auf 500 Euro ist angesichts der möglichen Auswirkungen einer

Trunkenheitsfahrt angemessen. Die Bußgelder für Falschparker drastisch zu erhöhen wäre hingegen unangemessen und belastete gerade Menschen mit kleinem Einkommen Übergebühr.

Wer aber dem Staat bei der Erhöhung von Bußgeldern im Straßenverkehr aus populistischen Gründen reflexartig immer nur Abzockerei vorwirft, der sollte einmal in andere europäische Länder schauen. Dort drohen oft schon für Lappalien drakonische Strafen. Und bei ernstesten Verkehrsverstößen muss der Verkehrssünder sehr tief in die Tasche greifen. So kostet ein Rotlichtverstoß in Norwegen 640 Euro und eine Überschreitung der Promillegrenze führt in Frankreich zu Strafen von mindestens 750 Euro.

Neben angemessenen Bußgeldern zeigen aber Punkte in Flensburg und Fahrverbote die stärkste Wirkung, um Raser in ihre Schranken zu weisen.

Ein vernünftiges Zusammenspiel aller Instrumente ist nötig, um die Verkehrssicherheit weiter zu verbessern.

Die Botschaft dabei muss eindeutig sein: Das Überschreiten der Geschwindigkeitsbegrenzungen und das Ignorieren der Promillegrenze sind keine Kavaliärsdelikte.

## Contra

„Das Entdeckungsrisiko muss steigen, nicht die Höchststrafe“



Peter Meyer ist Präsident des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs (ADAC).

Die von Verkehrsminister Tiefensee geplante Erhöhung des Bußgeldrahmens um bis zu 100 Prozent ist nach Ansicht des ADAC in diesem Ausmaß nicht sinnvoll und wird von uns strikt abgelehnt. Viel wichtiger als die absolute Höhe der Bußgelder ist in Bezug auf die Verkehrssicherheit ein energisches Einschreiten gegen gefährdende Verhaltensweisen.

Dies lässt sich aber nur durch eine strengere Kontroll- und Ahndungspraxis erreichen, vor allem bei wirklich gefährlichen Vergehen. Wenn nur eine von 600 Alkoholfahrten entdeckt wird, spielt die Höhe des Bußgeldes eine nur geringe Rolle. Das Entdeckungsrisiko muss steigen, nicht die nur in der Theorie mögliche Höchststrafe.

Selbst bei folgenlosen Drogenfahrten droht schon heute der Entzug der Fahrerlaubnis für mindestens ein Jahr, weil der

Betroffene zur medizinisch-psychologischen Untersuchung muss, die oft nicht bestanden wird.

Dieser Führerscheinverlust auf oftmals unbestimmte Zeit sollte Warnung und Abschreckung genug sein – ist es aber mangels hinreichender Kontrolldichte offensichtlich nicht!

Hier die Geldbuße von 250 auf 500 Euro anzuheben, ist Augenwischerei und löst weder das Problem, noch beseitigt es die Gefahr an sich. Tatsächlich sorgen höhere Bußgelder in erster Linie für Mehreinnahmen des Staates, nicht aber für mehr Verkehrssicherheit!

Dies zeigen Vergleiche mit dem europäischen Ausland, wo trotz drastischer Strafen häufig höhere Unfallzahlen als in Deutschland zu beklagen sind. Ob Verkehrsverordnungen eingehalten werden, hängt entscheidend davon ab, ob deren Erforderlichkeit für den Betroffenen erkennbar und nachvollziehbar ist und wie er, auch subjektiv, das Entdeckungsrisiko bewertet.

Wenn praktisch alle Verkehrsverstöße – also auch solche, die sich nicht auf die Verkehrssicherheit auswirken – pauschal um 60 bis 100 Prozent verteuert werden, ist das für den Einzelnen nicht nachvollziehbar und wird von ihm als reine „Abzocke“ empfunden.

## PRESSESTIMMEN

## Nur Aufklärung hilft

Die „Aachener Nachrichten“ schreiben zu jugendlichen Testkäufern:

„Alkohol und Zigaretten besorgen sich Jugendliche zum Beispiel auch von Älteren, die den Stoff legal kaufen dürfen. Oder sie werden von den eigenen Eltern damit versorgt oder vom Fußballtrainer, der den Jungs nach dem Sieg einen Kasten Bier hinstellt. Und dagegen helfen auch keine Testkäufer. Hier hilft nur Aufklärung, Aufklärung und noch mal Aufklärung. Und eine Jugendarbeit, die Kinder stark macht. Womit wir wieder beim Thema Geld wären...“

## Rechnen und wechseln

Die „Pforzheimer Zeitung“ kommentiert die Strompreise:

„Rund zehn Jahre nach der Liberalisierung des deutschen Strommarkts ist die Bilanz klar: Von einem Wettbewerb, wie er den Verbrauchern versprochen wurde, kann keine Rede sein. Bis zu dem Tag, an dem die Preise auf breiter Front sinken, kann noch viel Zeit vergehen. Bis dahin können sich Privatkunden nur selbst helfen: Indem sie rechnen, vergleichen und gegebenenfalls den Anbieter wechseln.“

## Fernseher öfter aus

Der „Nordbayerische Kurier“ in Bayreuth schreibt zum selben Thema:

„Wir Verbraucher schauen in die Röhre, wünschen uns einen aggressiven Preisbrecher, der die Branche aufmischt. Doch gegen die satte Marktmacht der wenigen Großen kommt keiner an. Als Ausweg bleibt nur der sparsamere Umgang mit Energie. Fernseher öfter aus, die Heizung zurückdrehen, Fotovoltaik aufs Dach. Es gibt immer noch Möglichkeiten, den Preistreibern ein Schnippchen zu schlagen.“